



Ihre «Union» hält weiterhin: Dmitrij Medwedew (links) und Wladimir Putin bei einem Treffen in der Präsidentenresidenz ausserhalb von Moskau. (ap)

Russland Einiges Russland erhält bei Regionalwahlen eine deutliche Ohrfeige

Gegenwind für die Putin-Partei

Trotz Wahlfälschungen hat Einiges Russland bei den Regionalwahlen in vier von acht Regionen weniger als 50 Prozent der Stimmen erhalten.

Christian Weisflog, Moskau

Russlands gelenkte Demokratie scheint an Grenzen zu stossen. In acht Regionen fanden am Sonntag Parlamentswahlen statt. Doch nur in vier davon gewann die «Machtspartei» Einiges Russland mehr als 50 Prozent der Stimmen. In der sibirischen Industrieregion Swerdlowsk waren es nach ersten Resultaten gar nur 42 Prozent. Das ist eine herbe Niederlage für Einiges Russland und ihren Vorsitzenden, Regierungschef Wladimir Putin. Die Partei hatte Putin vor den gesamtrossischen Parlamentswahlen 2007 zum «nationalen Führer»

erklärt. Was aber ist das für ein nationaler Führer, dessen Partei nicht einmal auf die Hälfte der Wählerstimmen vertrauen kann? Auch bei vielerorts gleichzeitig stattfindenden Bürgermeisterwahlen erlitten viele Kandidaten von Einiges Russland Schiffbruch. Eine deutliche Schlappe musste die Regierungspartei etwa im sibirischen Irkutsk hinnehmen. Dort gewann der Kandidat der Kommunisten mit 61,5 Prozent der Stimmen.

Viele Stimmenkäufe

Obwohl Einiges Russland deutlich unter den Erwartungen blieb, waren die Wahlen aber keineswegs frei und fair. Die Stimmenkäufer gingen bisweilen sehr offenkundig zur Sache. So klopften die Agitatoren von Einiges Russland sogar bei einem Korrespondenten der liberalen Tageszeitung «Kommersant» an der Wohnungstür und boten 300 Rubel (10 Franken) für eine Stimme.

Wirklich demokratischer dürfte Russland durch diese Wahlen aber nicht wer-

den. Denn die Stimmen verschieben sich von Einiges Russland lediglich zu Parteien, die vom Krenl kreiert oder aufgrund ihrer Loyalität geduldet werden. Das beste Beispiel dafür ist die Partei Gerechtes Russland, die vom Putin-Intimus Sergej Mironow geführt wird. Die Kommunisten und die vom chauvinistischen Politclown Wladimir Schirinowski geführten Liberaldemokraten sind zwar geeignete Blitzableiter für Protestwähler. Die Position als ernsthaftige Regierungspartei werden sie Einiges Russland aber kaum streitig machen können.

Nach einer ähnlichen Logik scheint auch das Führungsteam von Präsident Dmitrij Medwedew und Premier Putin zu funktionieren. Die Sympathien im Volk haben sich nun in der Wirtschaftskrise zwar etwas zu Medwedews Gunsten verschoben, der die Dominanz von Einiges Russland kritisiert hat. Letztlich aber gehören Putin und Medwedew zu ein und derselben Machtrüge. Die gegen aussen demonstrierten in-

neren Auseinandersetzungen scheinen blosser Imitation zu sein. Zumal sich Medwedew bislang immer wieder zu seiner «Union» mit Putin bekannt hat.

Für viele keine Wahlzulassung

Radikale und unabhängige Oppositionsparteien erhalten von den staatlichen Behörden derweil längst keine Registrierung und somit auch keine Wahlzulassung mehr. Sie können sich nur noch mit Strassenprotesten Gehör verschaffen. In den Jahren des wirtschaftlichen Aufschwungs vermochte die Opposition die Menschen kaum zu mobilisieren. Nun aber zeichnet sich auch hier eine Trendwende ab.

Anfang Februar demonstrierten in Kaliningrad rund 10 000 Personen und forderten Putins Rücktritt. Fürs kommende Wochenende hat die Opposition in ganz Russland zu Protesten aufgerufen. Den Menschen geht es dabei aber meist nicht um mehr Demokratie. Wirtschaftliche Nöte treiben sie auf die Strasse.

Euro-Gruppe

Notfallplan für Griechenland

Die Finanzminister der 16 Euro-Länder haben sich auf einen Notfallplan für das hoch verschuldete Griechenland geeinigt. Dies sagte der luxemburgische Regierungschef und Eurogruppen-Vorsitzende Jean-Claude Juncker am Montagabend in Brüssel. «Griechenland wird unterstützt, wenn es die Hilfe braucht», sagte er nach einem Treffen mit seinen Amtskollegen in Brüssel. Die Mitgliedsländer würden Griechenland bei einem drohenden Staatsbankrott bilaterale Hilfen zur Verfügung stellen.

Die EU-Finanzminister wollten an die Finanzmärkte die Botschaft senden, dass sie Griechenlands Sparmassnahmen für glaubwürdig hielten. Der Hilfsplan beinhalte nur bilaterale Hilfen, aber keine Darlehensgarantien.

Der Umfang des in der Geschichte der gemeinsamen Euro-Währung beispiellosen Hilfspakets blieb offen. Nach Spekulationen soll es sich um mindestens 25 Milliarden Euro handeln. Die bilateralen Hilfen könnten gemäss Juncker koordiniert und unter Führung der EU-Kommission Griechenland zur Verfügung gestellt werden. Der Luxemburger betonte, dies gelte nur für den Fall, dass dies notwendig sei. Die Euro-Staaten gingen aber davon aus, dass diese Instrumente gar nicht zum Einsatz kommen müssten: Die griechischen Massnahmen seien überzeugend, und «die Finanzmärkte müssen sich davon überzeugen lassen», sagte Juncker. (ap/dpa)

Kolumbien

Uribe-Parteien siegen bei Parlamentswahl

Bei Parlamentswahlen in Kolumbien haben sich die Parteien aus dem Lager des konservativen Präsidenten Alvaro Uribe klar durchgesetzt. Damit profilierte sich zugleich der Regierungskandidat und frühere Verteidigungsminister Juan Manuel Santos für die Präsidentenwahl.

Die Wahl findet am 30. Mai statt. Ein Skandal um die Zusammenarbeit zwischen Politikern aus dem Lager Uribes und rechten Paramilitärs kostete die Regierung offenbar kaum Stimmen. Der bei vielen Kolumbianern wegen seiner harten Militärpolitik gegen die linken Rebellen beliebte Staatschef hatte eigentlich für eine dritte Amtszeit kandidieren wollen, wurde jedoch vom Verfassungsgericht gestoppt. (dpa)

Frankreich Niederlage für Nicolas Sarkozy

Durchhalteparolen bei der UMP

Die französische Linke feiert ihre Wiederauferstehung. Mit Verzögerung profitiert sie von der Wirtschaftskrise – und von Nicolas Sarkozy.

Stefan Brändle, Paris

Es kostet sie noch etwas Überwindung, aber dank dem Wahlsieg und einem hartnäckigen Kommunikationsberater hat sie es doch geschafft: Martine Aubry lächelt. Die knochentrockene Vorsteherin der Parti Socialiste (PS) hat im ersten Durchgang der französischen Regionalwahlen einen überragenden Sieg davongetragen. Der Politologe Pascal Perrineau meinte am Montag, es sei «in Frankreich noch nie vorgekommen, dass die Sozialisten auf fast 30 Prozent und die gesamte Linke auf 53 Prozent der Stimmen kommen». Er schätzt, dass Aubrys Partei in der Stichwahl vom nächsten Wochenende zusammen mit den Grünen von Europe Ecologie und den Linksaussen 24 von 26 Regionen gewinnen dürfte.

Nur das Elsass sowie die Insel Korsika bleiben womöglich bei der Rechten.

Abgesehen von diesen Randgebieten präsentiert sich Frankreichs Karte damit weiterhin in Rosa. Für die regierende Rechte von Nicolas Sarkozy bedeutet das gemäss Pariser Medien eine «kalte Dusche». UMP-Sekretär Xavier Bertrand gibt zu bedenken, dass die tiefe Stimmbeteiligung des ersten Durchgangs vor allem seiner Partei geschadet habe; dies lasse sich binnen Wochenfrist noch «korrigieren». Sarkozy selbst kommentiert das Ergebnis gemäss «Le Parisien» noch optimistischer: «Im zweiten Durchgang bleibt alles möglich.»

Partei weiterhin fest im Griff

Das klingt reichlich nach Selbstüberschätzung. Sarkozy hat die Regionalwahl zweifellos verloren. Doch ihm geht es um die Präsidentschaftswahl 2012. Selbst in der Niederlage behält Sarkozy seine Partei fest im Griff. Fast unisono verbreiteten seine Parteigrössen am Wahlabend die präsidentiale Durchhalteparole über die TV-Sender. Die Sozialisten sind weniger geeint. Aubry hat sich zwar eine ausgezeichnete Ausgangslage für 2012 geschaffen. Ihre interne Rivalin Ségolène Royal erzielte aber in ihrer Region Poitou-Charentes mit 39 Prozent ebenfalls ein starkes Resultat.

Sarkozy wurde nach verbreiteter Einschätzung für die Wirtschaftskrise abgestraft. Auf ihrem Höhepunkt hatte sie die Regierungspartei noch weitgehend verschont. Jetzt schlagen aber die Spätfolgen – steigende Arbeitslosigkeit und Privatverschuldung – voll durch.

Thailand



(ap)

Friedliche Proteste in Bangkok

Ungeachtet der Proteste von zehntausenden Anhängern der Opposition in Bangkok hat die thailändische Regierung ein Ultimatum zur Auflösung des Parlaments verstreichen lassen. Es sei nicht der richtige Zeitpunkt für vorgezogene Wahlen, wies Ministerpräsident Abhisit Vejjajiva am Montag in einer live übertragenen Fernsehrede die Forderung der Demonstranten zurück. Die wegen ihres Erkennungsmerkmals als «Rot-hemden» bezeichneten Regierungsg-

ner zogen sich nach der Ansprache ins Zentrum von Bangkok zurück. Die Proteste halten seit Freitag an. Gestern Morgen waren rund 20 000 Thaksin-Anhänger zum Armeestützpunkt gezogen, wo sich die Regierung vorübergehend einquartiert hat. Tausende Soldaten sicherten das Gelände mit Stacheldraht, Schilden und Schlagstöcken ab. Die Soldaten liessen aber über Lautsprecher Volksmusik und Jazz abspielen, um die Atmosphäre zu entspannen. (reu)

In Kürze

Sieben Tote bei Anschlag

Falludscha. Bei einem Bombenanschlag sind gestern in der westirakischen Stadt Falludscha sieben Menschen getötet worden. Dreizehn weitere Personen wurden verletzt. Es ist der erste grosse Terroranschlag seit den Parlamentswahlen vom 7. März. Die Bombe sei in einem geparkten Wagen in der Nähe einer Armee-Patrouille explodiert. (reu)

Aus für Pädophilen-Partei

Amsterdam. Die seit Jahren scharf kritisierte Pädophilen-Partei in den Niederlanden hat sich aufgelöst. Als Grund gab die als «Partei für Nächstenliebe, Freiheit und Unterschiedlichkeit» eingetragene Gruppierung am Montag eine zu geringe Wählerunterstützung an. Die 2006 gegründete Partei trat dafür ein, Sex von Erwachsenen mit Kindern ab zwölf Jahren gesetzlich zuzulassen. Zudem forderte sie die Legalisierung des Besitzes von Kinderpornografie. (dpa)

Vorarlberg in ÖVP-Hand

Bregenz. Vorarlberg bleibt nach den Gemeindevertretungs- und Bürgermeisterwahlen vom Sonntag «tiefschwarz». Die ÖVP konnte Lustenau regelrecht erobern und auch ihre Position in der Landeshauptstadt Bregenz stark ausbauen. Die ÖVP erreichte nach eigenen Angaben 44,6 Prozent der Stimmen (2005: 45,4%). Auch die FPÖ (11,3%) und die Grünen (7,3%) kamen auf ein ähnliches Niveau wie 2005. (apa)



PS-Vorsteherin Martine Aubry.